

Lewis, Paul G. (ed.): *Eastern Europe: Political Crisis and Legitimation*.

St. Martin's Press, New York 1984, 202 S.

Der Begriff „Totalitarismus“ als ein analytischer Rahmen der Osteuropaforschung ist in den letzten Jahren von den meisten Politologen beiseitegelegt worden. Bei manchen mag der Grund in den theoretischen Schwierigkeiten dieser Konzeption liegen, für die anderen mag seine Assoziation mit antisowjetischer bzw. antikommunistischer Haltung ausschlaggebend gewesen sein. Bisher ist dieser zuvor weitverbreitete begriffliche Ansatz durch keinen anderen auch nur annähernd so populären ersetzt worden. Es scheint lediglich klar, daß die überkommenen Kategorien der Politik- und Herrschaftsanalysen nicht mehr als Instrumentarium zur begrifflichen Erfassung der politischen Systeme sowjetischer Art ausreichen.

In eine der Sackgassen des Totalitarismusbegriffs führte die Frage, wie die stillschweigende Duldung der kommunistischen Regime durch die Bevölkerung da und dort zu erklären sei, wo keine direkte Gewalt zum Einsatz kam. Existenzangst, vernünftige Kalkulation der Chancen materieller Lebenssicherung, Desinteresse, politische Anspruchslosigkeit – es gab verschiedene Antworten, und das Studium der politischen Krisen lieferte die unterschiedlichsten Erklärungen. Ohne Zweifel sind jedoch unter bestimmten Umständen auch die „totalitären“ kommunistischen Systeme in der Lage, zumindest politische Duldung bei der Bevölkerung zu erreichen und zu sichern. Damit wird der Grundgedanke der geläufigen Totalitarismuskritik, nämlich der Hinweis auf die fehlende Legitimation solcher Systeme, von sich aus unhaltbar. Die Frage nach den theoretischen und praktischen Zusammenhängen zwischen Macht und Legitimation erfordert nun offensichtlich neue Überlegungen. Der vorliegende Band, der aus einer Konferenz von 1982 in Großbritannien hervorgegangen ist, legt solche vor.

Neben drei allgemein ausgerichteten Beiträgen werden in diesem Sammelband spezifische Fragen und zur Entwicklung der DDR, Ungarn, der Tschechoslowakei und Polens erörtert. Als hätte er die gegenwärtigen Entwicklungen in Gorbatschows Sowjetunion vorausgeschaut, gibt der Herausgeber in seiner Einführung Hinweise darauf, daß man anhand der hier behandelten Beispiele zahlreiche Probleme und Schwierigkeiten erkennen könne, die das Musterland dieser Systeme, die Sowjetunion, erst noch zu erwarten habe. Die intensive Beschäftigung mit den inneren Herrschaftsmechanismen der kommunistischen Systeme unter kritischer Betrachtung der Verwendbarkeit übernommener Kategorien läßt einzelne Krisen der genannten Länder als Legitimationskrisen innerhalb der Eliten erkennen, in den sich immer wieder die inhärenten Widersprüche des Systems spiegeln. Zwar politisch nach dem Vorbild der Sowjetunion aufgebaut, weisen doch die anderen Länder eine höhere Komplexität ihrer sozialen und politischen Strukturen auf und erlauben daher diffizilere Einsichten in die innere Problematik der kommunistischen Herrschaftsmechanismen, als man bisher sehen konnte. Der Schlüssel zu politischen Entwicklungen einzelner osteuropäischer Staaten mag in Moskau liegen – für die Analytiker der kommunistischen Systeme scheinen jene kleineren Länder aber doch manche neue Einsichten zu bieten, die der sog. Kremlologie bisher verschlossen geblieben sind.

Dabei wird der Analytiker kommunistischer Systeme auch mit zahlreichen Gründen vertraut, warum der Legitimationsbegriff aus dem liberal-demokratischen Gedankengut nicht geeignet ist bzw. nicht unkritisch verwendet werden sollte. Im Unterschied zu manchen anderen Publikationen wird hier jedoch nicht der Versuch unternommen, die machtpolitische Realität der kommunistischen Staaten auf Grund von neu postulierten „Legitimationsprinzipien“ zu überschatten<sup>1</sup>. Im Hinblick auf die hohe Machtkonzentration in den kommunistischen Systemen sowie auf die Verfügungsgewalt der politischen Eliten über den Apparat zur Erhaltung ihrer eigenen Position fragt der Herausgeber zunächst, ob Legitimation überhaupt von Bedeutung für die Stabilität der kommunistischen Systeme sei. Er stellt fest, daß nicht so sehr die Meinung der breiten Bevölkerungsschichten, als vielmehr die einzelner Gruppen innerhalb der führenden politischen Kräfte relevant für das Funktionieren des Systems seien. Die „distribution of legitimacy“ innerhalb der Eliten steht dann als Focus der vorliegenden Studien zur Debatte.

In seinem Beitrag über die Tschechoslowakei wendet Mark Wright einen in dieser Weise neu definierten Legitimationsbegriff an. Er hält nichts von der herkömmlichen Vorstellung, daß die „illegitime“ Herrschaft der kommunistischen Partei durch eine Reformpolitik mit einer Art von „demokratischer Legitimation“ im Jahre 1968 vorübergehend unterbrochen worden sei. Aus der populären Unterstützung bestimmter politischer Persönlichkeiten sei nicht auf eine demokratische Legitimation der Machtausübung zu schließen, meint der Autor, und stellt den Prager Frühling mit seinem populären Slogan vom „neuen Modell des Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ als Ergebnis einer momentanen Systemkrise ohne einen grundlegenden Bruch der Kontinuität in der Politik der KPTsch vor und nach 1968 dar.

Der Autor sucht diese These mit zahlreichen Hinweisen auf Widersprüche zwischen dem populären Bild und der Wirklichkeit der tschechoslowakischen Ereignisse von 1968/69 zu begründen. Zur Sprache gebracht werden hier: die extrem starke Differenzierung der sog. Reformbewegung, das gedankliche Beharren auf dem Konzept der „führenden Rolle der KPTsch“, die ambivalente Haltung der politischen Führung gegenüber der Frage nach „Demokratie“ oder „Demokratisierung“ als den Reformzielen, die allein auf die momentane Partei- und Staatsführung personenbezogene Homogenität der Reformpolitik und ihr personalpolitisches Vorgehen bei machtpolitischen Auseinandersetzungen – aber auch die relative Problemlösigkeit von Husáks „Säuberungen“ und seine Erfolge bei der Stabilisierung unter dem Schlagwort der „Normalisierung“. Für die ehemaligen „Reformer“ sind es wohl heutzutage ungerne gehörte Erinnerungen, und die heute populäre Kritik an Beneš wegen seines unentschlossenen Verhaltens 1938 oder 1948 findet hier neuen Stoff zum Nachdenken, etwa wenn es heißt: „Few of the reformers made an immediate and clear break with the party after the Soviet invasion, but having committed themselves to reform, they now found themselves unwanted by their own party.“ (S. 142)

Der Prager Frühling wird hier also als eine „temporary dislocation in the power structure“ interpretiert; die Perspektive eines Legitimationsansatzes leiste hier keinen

<sup>1</sup> Als Beispiel vgl. Harding, Neil (Hrsg.): *The State in Socialist Society*, London 1984.

analytischen Beitrag und verzerre nur das Bild der Ereignisse. Wenn aber der Legitimationsbegriff systemgerecht verwendet werde, dann könne auch ein Legitimationsbruch innerhalb des Systems aufgedeckt werden, nämlich als ein Problem, das allein die Eliten betraf. Als Illustration kann hier die erzählte Episode eines Gesprächs zwischen Breschnew und Dubček dienen: Dubček soll seine Kontrolle über die politische Entwicklung in seinem Lande mit der Berufung auf eine ihn unterstützende, von vier Millionen Bürgern unterschriebenen Petition zu beweisen gesucht haben. Nach Breschnews Feststellung, man wisse wohl, wie solche Petitionen zu stande kämen, soll Dubček ihre Echtheit beteuert haben – doch das war eben gerade sein Schuldgeständnis: „How can you claim that you are in control of the situation if people sign a resolution without your prior knowledge?“ Dubček und seine Männer verstießen gegen die Spielregeln, ihr Verhalten war illegitim, die Meinung der Bevölkerung ohnehin irrelevant.

Personalkonflikte, Reformen, eigenständige Entwicklungen – das alles habe es in den einzelnen osteuropäischen Staaten gegeben und sei auch heute noch zu beobachten. Die innere Gesetzmäßigkeit solcher Vorgänge sei jedoch nicht durch die Verwendung liberal-demokratischer politischer Begriffe zu erschließen. Den Analytiker der kommunistischen Systeme wird in diesem Band empfohlen, sich neuer, systemgerechter Instrumentarien zu bedienen.

Nun wirft dieser Ansatz eine grundlegende Frage auf, die im vorliegenden Band unbeachtet blieb, nämlich nach dem Menschenbild: Glaubt der Analytiker, daß die Stabilitätsstörungen der kommunistischen Herrschaftssysteme auf ein Versagen der problemlösenden Mechanismen zurückzuführen seien, unterstellt er hierbei einen passiven Bürger, der sich mit dem Machtmonopol der kommunistischen Parteien abgefunden hat. Geht man jedoch von der Annahme aus, daß der Mensch, wenn auch nicht zur Freiheit geboren, doch nach ihr strebt, dann wäre ein Verzicht auf die liberal-demokratische Begrifflichkeit bei der Erfassung der kommunistischen Systeme verzerrend. Eine solche Sicht käme einem geistigen Verrat an der osteuropäischen Bevölkerung gleich.

Wenn auch die Kritik an den viel diskutierten demokratischen Traditionen des tschechischen politischen Lebens, wie sie auch im vorliegenden Band verwendet wird, vielfach zutrifft, so dürfte sie nicht in eine Begründung der ausschließlich systemimmanenten Sicht des gegenwärtigen Regimes münden. Die gegenwärtige, sich vom prinzipiellen Antikommunismus abwendende Politikwissenschaft öffnet zweifellos neue wertvolle Wege zum Verständnis der osteuropäischen politischen Entwicklungen; sie bleibt jedoch auch nur einer bestimmten Perspektive verhaftet.